

Aachen, 22. Apr. 2010

Haushaltsrede 2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin nun auch schon seit mehr als zehn Jahren Mitglied des Rates. Dass ich das so lange ausgehalten habe, dazu haben ganz wesentlich die jeweiligen Ratsmehrheiten beigetragen, die sich immer wieder etwas neues ausgedacht haben, wenn es darum ging, mit List bestimmte Ziele zu befördern oder zu behindern, gar zu verhindern. Das geschieht gewöhnlich besonders intensiv bei der Haushaltssatzung, denn da wird festgelegt, wofür es im aktuellen Jahr Geld gibt und wofür nicht.

Oft ist es einer Ratsmehrheit gelungen, etwas im Haushalt unterzubringen, und selbst wir haben es nicht bemerkt, so zuletzt bei der Erhöhung der Repräsentationskosten für den OB. Da wurden die Kosten für die teure Loge auf dem neuen Tivoli versteckt. Zur Alemannia komme ich später noch.

Diesmal aber, und das ist neu, ist der gesamte Haushalt ein Versteckspiel. Nirgendwo findet sich ein klarer Hinweis, wie die Ratsmehrheit mit der scheinbar unaufhaltsam auf die Stadt zurollenden Finanzkrise umgehen will, einer Finanzkrise, die wesentlich damit zu tun hat, dass es den Bundesregierungen seit Helmut Kohl trotz vollmundiger Ankündigungen nicht gelingen wollte, eine solide Finanzierung der Kommunen sicherzustellen.

Was macht also die Verwaltung? Sie legt einen Haushaltsentwurf vor, der tief in die Rücklage greift und der uns in der heutigen Debatte unangenehme Entscheidungen ersparen soll. Die schwarz-grüne Mehrheit folgt diesem Vorschlag und kündigt schon mal an, dass man nach der Landtagswahl in die Debatte um mögliche Streichungen im kommenden Haushalt einsteigen will.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist feige. Sagen Sie den Aachenerinnen und Aachenern, was sie planen! Die Menschen haben ein Recht zu erfahren, was Schwarz-Grün im politischen Alltag in Aachen bedeutet. Was die Parteien vor Ort tun und lassen, ist eine Entscheidungsgrundlage für die Frage, wem man auf der höheren politischen Ebene vertrauen kann.

Da Sie sich weigern, Apostel ihrer eigenen Politik zu sein, muss der Exeget ran. Schauen wir mal, welche Indizien es gibt für eine zukünftige schwarz-grüne Politik in Aachen. Wie sich das gehört, fange ich mit dem Positiven an. Im Bildungsbereich wurde auch mit den Stimmen der Mehrheit, einiges Gute auf den Weg gebracht. Ich nenne nur die Ausstattung der Schulen mit Mensen und den Ausbau der U3-Plätze. Bei beiden Themen muss ich aber schon einschränken: Der Mensenbau wird vom gesamten Rat getragen, ebenso im Grundsatz der Ausbau der U3-Plätze. Da gab es allerdings einen Beschluss des Kinder- und Jugendausschusses, noch deutlich weiter zu gehen, also 150 statt der von der Mehrheit gewollten 100 zusätzlichen Plätze pro Jahr zu schaffen. Sie wissen alle, dass dieser Ausschuss eine Besonderheit hat. Dort sind Vertreter der Jugendhilfe stimmberechtigt vertreten. Da kann es Mehrheiten geben, die nicht von Parteien vorher ausgehandelt wurden. Das hat der Gesetzgeber so gewollt. Das führt Schwarz-Grün ad absurdum, indem es den Beschluss des Ausschusses im Rat wieder kassiert.

Dass man in der Schule ein Mittagessen bekommt, ist gut. Besser ist, wenn es sich jede Schülerin und jeder Schüler auch leisten kann. Hier ist das Land in der Pflicht, aber wir als Rat müssen das Land deutlich in diese Richtung treiben, ein kostenloses Schulessen zu ermöglichen. Druck ist

auch nötig beim Schulsystem. Die Landesregierung und auch eine breite Mehrheit in diesem Rat verteidigt ein antiquiertes Schulsystem, das Schüler früh selektiert und einem Teil Bildungschancen verbaut. Man braucht sich nur anzuschauen, aus welchen Stadtvierteln wie viel Prozent der Schüler in welche weiterführende Schule geht und man sieht, dass unsere Stadt in Teilen immer noch eine Klassengesellschaft ist. Das wollen wir ändern. Das geht auch kurzfristig, mit einer vierten Gesamtschule, wie sie von der Elterninitiative InsGesamt gefordert wird und wie sie von hunderten von Eltern gefordert wird, die über die Jahre versucht haben, ihr Kind auf einer Gesamtschule anzumelden und die wegen Überfüllung abgewiesen wurden. Ich habe gelesen, dass nach dem schwachen Start des sog. Schulverbands im Ostviertel wieder von der Gesamtschule als Möglichkeit geredet wird. Schaffen Sie Fakten! DIE LINKE würde diesen Weg gerne mit Ihnen gehen. Das sage ich Ihnen zu.

Noch mal was Positives: Aachen könnte, wenn es nicht nach der FDP geht, was immerhin inzwischen die Regel ist, endlich ein modernes städtisches Verkehrsmittel bekommen, eine Stadtbahn. Ich freue mich schon auf die Einweihung und hoffe sehr, dass sie so früh erfolgt, dass ich noch ohne Rollator daran teilnehmen kann. Unsicher bin ich bei der Frage, ob die schöne neue Stadtbahn denn von allen Aachenerinnen und Aachenern benutzt werden kann. Denn viele Menschen sind infolge von Agenda 2010 und Hartz IV nicht mehr in der Lage, sich eine Fahrt mit dem Öffentlichen Nahverkehr zu leisten. Deshalb hat DIE LINKE schon zum zweiten Mal beantragt, eine preiswerte Monatskarte für Menschen mit wenig Geld einzuführen. Beim ersten Versuch kurz nach der Einführung von Hartz IV wurde das in Bausch und Bogen und mit hanebüchenen Argumenten abgelehnt. Als DIE LINKE das Mobilitätsticket erneut beantragte, gab es eine ganz andere Reaktion. Es gab einen einstimmigen Beschluss im Sozialausschuss, das Ticket einzuführen. Sogar die FDP war dafür.

Was ist denn aus diesem Beschluss eigentlich geworden? Wo isses denn, das Sozialticket? Man kann es nirgendwo erwerben. Hatte der Beschluss im vergangenen Jahr damit zu tun, dass zwei wichtige Wahlen vor der Tür standen? Hat das Schweigen der Ratsmehrheit heute damit zu tun, dass wieder eine wichtige Wahl vor der Tür steht? Die Menschen haben einen Anspruch, zu erfahren, wie wichtig den Parteien das Recht der Menschen ist, sich in der eigenen Stadt bewegen zu können. Also machen Sie Nägel mit Köpfen: Führen Sie das Sozialticket ein und setzen Sie Ihren eigenen Beschluss um oder seien Sie, wenn Sie das nicht mehr wollen, wenigstens so ehrlich, das offen zuzugeben.

Und sagen Sie nicht, ausgerechnet für ein Sozialticket fehle das Geld. Sie bauen für eine sechsstellige Summe eine unsinnige archäologische Vitrine in den Elisengarten. Und sie haben sich immer noch nicht von der immer teurer werdenden Tivoli-Brücke verabschiedet. Die Debatte darüber wurde auf die Zeit nach der Landtagswahl verlegt. Warum? Naive Frage, zugegeben.

Wenn ich „Tivoli“ sage, muss ich auch „Alemannia“ sagen. Über die Zukunft des Vereins werden wir später im nichtöffentlichen Teil noch sprechen. Jetzt nur soviel: Auch DIE LINKE will dem Verein helfen, wenn das nach Lage der Dinge möglich und verantwortbar erscheint. In der Zeitung war zu lesen, dass wir über die Ausreichung einer Bürgerschaft sprechen. Damit würde der Rat ein finanzielles Risiko auf sich nehmen. Ein kühner Schritt in diesen Zeiten. Wir wollen diesen Schritt gehen, aber wir erwarten, dass sich der Rat mindestens mit dem gleichen Engagement für die Menschen einsetzt, die durch Hartz IV in die Armut getrieben wurden, denn es sind Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind in den vergangenen Jahren immer stärker durch steigende Gebühren und Eintrittsgelder belastet worden. Besonders heftig ging es bei den Fahrpreisen im Nahverkehr zur Sache. Jedes Jahr, auch in diesem, stiegen und steigen die Fahrpreise um mehr als vier Prozent. Die Steigerung liegt über der durchschnittlichen Inflationsrate. Das bedeutet: Die Finanzierung des Nahverkehrs wird immer weniger Gemeinschaftsaufgabe und wird immer stärker auf die Nutzer des ÖPNV verlagert. Und von einem Sozialticket für Menschen mit wenig Geld, ich sagte es, gibt es immer noch keine Spur.

Es muss in einer Haushaltsrede in diesen Zeiten etwas über die Einnahmeseite gesagt werden. Eine Reform der Gemeindefinanzierung ist, obwohl vielfach angekündigt, noch immer nicht in

Sicht. Nach wie vor leben die Kommunen vor allem von einem Anteil an der Einkommens- und Körperschaftssteuer. Diese Summe wird in Zeiten der Krise kleiner, weil das Gesamtsteueraufkommen sinkt. Wenn dann aber Bundesregierungen zusätzliche Steuergeschenke an Gutverdiener und Unternehmer machen, kommt noch weniger Geld in den Kommunen an.

Es war deshalb aus unserer Sicht völlig logisch, dass Frau Grehling schon bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs 2008 eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer vorgeschlagen hat. Denn Frau Grehling weiß, dass eine solche Erhöhung gar nicht zu einer Mehrbelastung der Unternehmen führen würde. BGB-Gesellschaften können die Gewerbesteuer weitgehend mit der Einkommenssteuer verrechnen. Und Kapitalgesellschaften wurden durch die Absenkung der Körperschaftssteuer von ehemals 35% über 25% auf nunmehr gerade noch 15% prima in die Lage versetzt, die kommunale Gewerbesteuer zu bezahlen. Ich habe eine Modellrechnung hier für BGB-Gesellschaften und für Kapitalgesellschaften. Die kann ich Ihnen auf Wunsch gerne vorlegen. Zumindest bei der CDU dürfte das nicht nötig sein, denn der Fraktionsvorsitzende darf in Steuerfragen als sachkundig gelten.

Und die Grünen können ja Herrn Baal fragen. Das tun sie ja eh regelmäßig. Ich kann keinen sachlichen Grund erkennen, warum außer uns keine Fraktion eine moderate Anhebung der Gewerbesteuer in Erwägung zieht. Mit den 18 Punkten, die wir vorschlagen, bleiben wir noch deutlich unter dem seinerzeitigen Vorschlag von Frau Grehling. Würde das beschlossen, kämen nach einer Berechnung der Kämmerei alleine im laufenden Jahr knapp 5,3 Millionen Euro mehr in die Kasse. Geld, das wir dringend brauchen, um eine soziale und familienfreundliche Stadt zu organisieren.

Was plant Schwarz-Grün auf der Einnahmeseite? Da gab es gerade den Vorschlag, bei der Prostitution die Hand aufzuhalten. Mit der Folge, dass Frau Grehling als neue Daueraufgabe hätte recherchieren dürfen, wer überhaupt und wo der Prostitution nachgeht. Das hätte ich auch abgelehnt. Der Vorschlag war Murks, hat der Verwaltung Arbeit beschert und bringt keinen zusätzlichen Euro in die Stadtkasse.

Halten wir fest: Schwarz-Grün verteidigt Steuergeschenke an Unternehmen bis auf den letzten Cent und hat keine brauchbare Idee zur sozialverträglichen Steigerung der Einnahmen. Worüber also werden wir im nächsten Jahr an dieser Stelle debattieren, wenn die Finanzkrise uns endgültig erreicht? Die Mehrheit hat einen unschönen Vorgeschmack gegeben mit der halbjährigen Wiederbesetzungssperre in der Verwaltung. Dadurch drohen schlechtere Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung werden zudem verunsichert, denn Druck auf das Personal kann die Vorstufe einer Privatisierung von Dienstleistungen sein. Wenn das Ihr Plan ist, sagen sie das den Bürgern und den Mitarbeitern der Verwaltung klipp und klar.

In der aktuellen Haushaltssatzung tun sie das nicht. Dieser Etat beantwortet wichtige Zukunftsfragen für unsere Stadt nicht. Und wo nichts ist, kann man auch nicht zustimmen.

Andreas Müller
DIE LINKE im Rat